

## TAGUNGEN

### Mit Konflikten leben!

Der 11. Deutsche Evangelische Kirchentag fand diesmal in einer Stadt des „Reviere“, in Dortmund, statt. Vom Revier nahm die Kirchentagsbewegung ihren Ausgang. Hier wurde sie in Essen 1949 unter der Losung „Rettet den Menschen“ aus der Taufe gehoben. Dieser — der 11. — sollte eine Wende in Gestaltung und Ziel bringen; und da man von jeher bemüht gewesen ist, den arbeitenden Menschen zur Mitarbeit an diesen großen Läientreffen heranzuziehen — gelungen ist es bisher nicht —, war es naheliegend, auch diesmal ins „Revier“ zu gehen.

Welche Wende war beabsichtigt? Der Kirchentag sei — so sagte man — eine Massenbewegung geworden, in der der einzelne unterzugehen droht. Dem hat man nun versucht, durch organisatorische Änderungen abzuhelfen. Die Vielzahl der Arbeitsgruppen — es waren in Berlin zehn — wurde reduziert auf fünf; das Schwergewicht der Arbeit wurde auf Diskussionsgruppen gelegt, in denen, angeregt durch sog. Anspielfilme, über die Tagesthemen „Isoliert in der Welt“, „Organisiert in der Welt“ und „Gehalten in der Welt“ gesprochen wurde. Täglich kamen in 98 Tagungsstätten etwa 5000 Menschen zusammen. Nachdem ein Film von zehn Minuten Dauer vorgeführt worden war, wurden die Anwesenden gebeten, sich in Gruppen zu sechs Mann zusammensetzen und die Episoden des Films zu diskutieren. Davon wurde reichlich Gebrauch gemacht. Jede Gruppe ließ dann durch ein Mitglied bekanntgeben, was die

sechs besprochen hatten und was sie besonders bewegt hatte. Das ist eine gute (übrigens auch schon an anderen Orten erprobte) Erregenschaft, die man beibehalten sollte.

Weniger überzeugend ist die Lösung, die man für die Nachmittage gefunden hatte. In den fünf Arbeitsgruppen kamen etwa 30 000 Menschen täglich zusammen, um Referate zu den Themen zu hören, die am Vormittag im Film angeschnitten worden waren. Die Referate waren z. T. sehr gut und gingen wirklich in die Tiefe der jeweiligen sozialen, soziologischen, religiösen oder institutionellen Problematik der drei genannten Themen, die unter dem Losungswort des diesjährigen Kirchentages „Mit Konflikten leben“ betrachtet wurden. Es fand jedoch keine Diskussion mehr statt, weder mit den Teilnehmern noch mit den Mitgliedern der Arbeitsgruppen. Das aber scheint mir eine große Verarmung zu sein. Auch, daß man nicht, wie auf den früheren Kirchentagen, für jede Gruppe eine Entschließung vorlegte, die dann in der Abschlußveranstaltung von den Sprechern dem gesamten Kirchentag verkündet wurde, ist ein Rückschritt. Die Erklärung, man wolle jeden Anschein einer Vergewaltigung der Meinungen der Kirchentagsteilnehmer vermeiden, überzeugt nicht. Ich bin seit 1954 (Leipzig) „dabei“ und ich habe nie jemanden gesprochen, der diese Ansicht geäußert hätte. Der Fortschritt mit den morgendlichen Diskussionsgruppen scheint mir demnach zu teuer bezahlt. Warum übrigens diese Angst, eine Massenbewegung zu sein? Es geht doch vielmehr darum, die richtigen „Massen“ in der richtigen Form anzusprechen.

Wenn es dem Kirchentag wirklich Ernst mit seinem Wunsch ist, alle Bevölkerungsschichten heranzuziehen, müßten sich seine führen-

den Persönlichkeiten entschließen, mit den *Gewerkschaften* zusammenzuarbeiten. Es sei aber auch an diese die Aufforderung gerichtet, sich nicht von einer Bewegung zurückzuhalten, die Frieden, Freiheit und soziale Gerechtigkeit in einem demokratischen Staat auf ihre Fahnen geschrieben hat. Gewiß sind ihre Wege andere als die der Gewerkschaften, aber diese könnten einen solchen Verbündeten wohl brauchen. Warum überläßt man die Vertretung der Arbeitswelt beim Kirchentag weitgehend den Arbeitgebern? Das ist falsch und wird auch vom Kirchentag nicht gewünscht.

In einem zweiten Punkt möchte ich einen Rückschritt für diesen „neuen Stil“ des Kirchentages feststellen: seine völlige politische Abstinenz. Begründet wurde das mit dem Fehlen der Teilnehmer aus der DDR. Man wolle sich nicht mit Dingen befassen, zu denen sie keinen Beitrag leisten könnten. Man wolle sein Haus hier in der Bundesrepublik in Ordnung bringen. Daher die Losung „Mit Konflikten leben“. Auch das überzeugt nicht. Wer kann ohne politische Argumente und Überlegungen unsere bundesrepublikanische Welt analysieren und Lösungen für unsere Schwierigkeiten finden? Solange die Wiedervereinigung als ein bundesrepublikanisches Problem empfunden wird, kann sie nicht aus der Diskussion bleiben. Im übrigen ist diese „Linie“ auch nicht durchgehalten worden. In der Dokumentation „Dreißig Jahre Deutschland und die Kirche — Fragen an Väter, Kirchenväter und ihre Kinder“ ist ganz massiv gen Osten geschossen worden. Man sollte hier doch ehrlicher sein.

Dennoch gibt es vieles, für das man dankbar sein kann. (Allerdings gehören diese Dinge zum Stil aller Kirchentage und sind nicht neu.) Die große Offenheit, mit der alle Probleme angesprochen wurden, die selbstkritische Einstellung der Kirchentagsleitung, die Aufgeschlossenheit, mit der nach neuen Wegen der Verkündigung und der religiösen Übung gesucht wird, das macht den Kirchentag immer wieder besuchenswert. Der Andrang zu den Gottesdiensten in der Petrikerkirche, bei denen Jazz, die Alltagssprache in Verkündigung und Bibelarbeit in den Gottesdiensten hingenommen und auf Predigten eines einzelnen zugunsten eines Dialogs oder gar des Gesprächs einer ganzen Tischrunde verzichtet wurden, bewies, daß hier einem echten Bedürfnis entsprochen wurde.

Auch die Evangelisation, die Kirchenpräsident D. *Martin Niemöller* an drei Abenden unter dem Thema „Christus 1963“ hielt, ist ein solches Positivum. Die Radikalität, mit der er Glaubensfragen als Notwendigkeiten des modernen Menschen stellt — und beantwortet, ist ergreifend in dem Sinne, daß hier auch

dem Nichtchristen klar wird, daß er glauben muß — wenn auch nicht unbedingt an Christus. Niemöller appelliert nicht an den Gläubigen, der im stillen Kämmerlein seinen Gott bekennt. Gotteskindschaft und Menschenbrüderschaft bedingen einander, sagte er. Wir brauchen nicht nur einen gnädigen Gott, wir brauchen sehr viel dringender heute den „gnädigen Nächsten“. Dieser christliche Humanismus kann auch den Gewerkschaften etwas sagen, deren Glaubensinhalte ja sehr verwaschen und kaum verpflichtend geworden sind.

Es ist dankbar zu begrüßen, daß die Arbeitsgruppe „Juden und Christen“, die seit dem Kirchentag in Berlin 1961 besteht, nicht der Beschränkung zum Opfer gefallen ist. Die Tradition der Bekennenden Kirche, die 1934 mit der Barmer Erklärung begann, findet hier im Sinne des Widerstands gegen alle neonazistischen Tendenzen, denen wir gerüstet gegenüber stehen sollen, ihre würdige Fortsetzung. Wie notwendig diese Arbeitsgruppe ist, ging aus Worten des Rabbiners Dr. *Robert Raphael Geis*, Düsseldorf, hervor, der in einer der morgendlichen Aussprachegruppen Veranstaltung hatte zu sagen: „Auch wenn Sie nicht verstehen, warum wir Juden uns nicht zu Christus bekennen, müßten Sie immerhin zur Kenntnis nehmen, daß es neben dem Christentum in Deutschland ein Christentum gibt, in dem die Dinge wesentlich anders gesehen werden, als das offensichtlich hier geschieht.“

Ein wenig komisch — wenn auch ehrlich gemeint — waren zwei Veranstaltungen, die sich mit *Bert Brecht* beschäftigten. Versuche, den „armen B. B.“ nun auch noch zu einem verhinderten Christen zu machen, können nicht anders als komisch sein. Immerhin hat *Klaus von Bismarck*, Intendant des WDR, gesagt, daß die Christen die Auseinandersetzung mit Brecht wie das tägliche Brot brauchten. Wenn sich die Christen nun auch noch dazu bereit finden könnten, nicht Christentum gleich Glaube, NichtChristentum oder Atheismus gleich Unglaube zu setzen, sondern zu erkennen, daß Religion nicht das Privileg des Christentums noch einer anderen theistischen Weltanschauung ist, daß es also einen „religiösen Atheismus“ gibt, wäre auch für das Christentum etwas gewonnen. Soweit brachten es die Diskutanten in den Brecht-Veranstaltungen nicht, aber es waren fruchtbare Ansätze vorhanden.

So ist es also gleichermaßen falsch zu sagen, der Kirchentag sei endgültig erstarrt, wie auch, daß ihm endlich der Durchbruch in Neuland geglückt sei. Man kann immer noch von einer Kirchentags-„Bewegung“ sprechen; wenn sie auch nicht überall spürbar war, so doch vielerorts.

*Annemarie Zimmermann*

## Sechster internationaler Kongreß der Gemeinwirtschaft

Der sechste internationale Kongreß der Gemeinwirtschaft vereinigte in Rom vom 8. bis 10. April 1963 900 Delegierte aus vielen Ländern der Erde und den verschiedensten Bereichen gemeinwirtschaftlicher Organisationsformen: neben Wissenschaftlern waren Männer der Unternehmensleitungen und der Unternehmensverbände, Genossenschaftler, Gewerkschafter und Vertreter des öffentlichen Lebens anwesend. Die Thematik des Kongresses läßt sich in drei Hauptabschnitte gliedern: Probleme der Programmierung, des Genossenschaftswesens und der internationalen Zusammenarbeit.

Zunächst wurde die Organisation der öffentlichen Unternehmung selbst in ihrem Zusammenhang mit der Planung und Programmierung in den einzelnen Ländern erörtert. Daneben bildete das Thema der Organisation des genossenschaftlichen Unternehmens einen in sich abgeschlossenen Problemkreis. Drittens wurde dann der Zusammenhang der Organisation der einzelnen Länder erörtert, sowohl im Hinblick auf die Integrationsprobleme als auch in anderen Formen der Zusammenarbeit, die insbesondere den unterentwickelten Ländern galten.

Professor *Saraceno* (Rom) ging von der Programmierung des modernen Industriebetriebes aus. Dabei betonte er insbesondere ihre speziellen Funktionen im Rahmen der öffentlichen Unternehmung. Er unterschied Betriebe, die unter den Begriff des „öffentlichen Dienstes“ fallen und „sich den normalen Konkurrenzbedingungen entziehen“, und daneben solche öffentlichen Unternehmen, die mit der Privatwirtschaft in Wettbewerb stehen; dem letzteren Bereich ordnete er vor allem Unternehmen der Industriewirtschaft zu. In diesem letzteren Bereich mußte sich praktisch ein anderes Verhältnis zwischen Staat und Betrieb ergeben, als es bei der ersten Kategorie der öffentlichen Unternehmen der Fall war: wenn für diejenigen Unternehmen, die Aufgaben des öffentlichen Dienstes wahrzunehmen haben, vom Staat bzw. der öffentlichen Hand bestimmte Aufgaben und Betriebsbedingungen vorgezeichnet werden, so läßt sich die staatliche Defizitdeckung (in Verbindung mit einer gewissen Kostenkontrolle) allenfalls nach dem Prinzip der Erstattung besonderer Belastungen erklären.

Dort, wo nun jedoch die öffentliche Unternehmung in den Wettbewerb gestellt ist, kann man in einem freiheitlichen System davon ausgehen, daß der Staat die Privatinitiative erhalten und fördern will: dem dient der Wettbewerb selbst, und dem dient unter Umständen auch das öffentliche Unternehmen in diesem Zusammenhang, weil es einmal spezifische

Produktionsziele und Investitionsvorhaben vorzeichnet, gewissermaßen eine „Pilotenfunktion“ erfüllt und weil es andererseits auch für den Staat und die öffentliche Hand ein gewisses Maß an Unternehmungsgeist sichert. Darüber hinaus ermöglicht die öffentliche Unternehmung in solchen Branchen eine gewisse Kontrolle der Wirtschaftsentwicklung für die öffentliche Hand. Insbesondere in diesem letzteren Falle stellt sich natürlich das Problem einer Einordnung solcher in den Wettbewerb gestellten öffentlichen Unternehmungen in die Gesamtwirtschaft: hier sieht *Saraceno* die eigentliche Aufgabe der Programmierung. Die Rolle Professor *Saraceno*s im Rahmen der italienischen Wirtschaftsplanung läßt seine Hinweise besonders bedeutsam erscheinen.

Diese Ausführungen wurden ergänzt durch das Referat von Professor *Rosenstein-Rodan* (Cambridge — USA), der eine Definition der Planung als solcher versuchte. Der Referent ging davon aus, daß die Erreichung eines Gleichgewichtszustandes lediglich durch den klassischen Preismechanismus nicht möglich sei; dafür führte er fünf Gründe an: Einmal richte sich der Investitionsentscheid des einzelnen Unternehmers nicht allein nach der Preissituation, sondern auch nach den parallelen Entscheidungen anderer Investoren. Zum zweiten ziele die Investition in der Privatwirtschaft auf die Erreichung des größtmöglichen Nettogrenzproduktes für den Unternehmer selbst ab, nicht auf das größtmögliche Nettogrenzprodukt für die Gemeinschaft. Zum dritten ergibt sich aus der langen Lebensdauer der Anlagen ein erhebliches Element der Ungenauigkeit und des Risikos, das auf die Kosten zurückschlagen muß. Zum vierten können bestimmte Investitionen nur in großen Quantitäten vorgenommen werden; der Preismechanismus arbeitet aber nur bei kontinuierlichen Übergängen fehlerfrei. Fünftens ist die Finanzierung nur ein Faktor, der erhebliche Fehler in die Marktentscheidungen hineinbringt, da Unvollkommenheiten sowohl im Hinblick auf die quantitativen Möglichkeiten als auch im Hinblick auf die Zinssätze gegeben sind. Der Referent ging so weit, zu erklären, daß mindestens in der Hälfte aller Fälle die automatischen Reaktionen der Marktwirtschaft zur Bestimmung einer optimalen Leistung der Gesamtwirtschaft nicht ausreichen. Die Frage sei darum nicht, ob eine Planung an sich nötig sei, sondern man müsse lediglich fragen, wie weit sie zu gehen habe.

Prof. *Rosenstein-Rodan* gab sodann einen Überblick über die einzelnen Formen der denkbaren Planung: diese können sowohl direkt als auch indirekt konzipiert sein, wobei die indirekten Planungsmittel aus einem System von Anreiz- und Abschreckungsmaßnahmen bestünden, durch die die Privatinvestitionen in eine bestimmte Richtung gebracht werden. — Sehr große Bedeutung maß der

Referent der Charakteristik des einzelnen Planes bei: so seien z.B. Pläne denkbar, die nur als Richtlinien gelten, solche, die nur auf bestimmte Sektoren oder Regionen begrenzt sind, und schließlich umfassende Pläne für die Gesamtwirtschaft oder genau unterteilte, die sich auf einzelne Zeitabschnitte bzw. auf einzelne Sektoren erstrecken.

Wenn insbesondere bei Rosenstein-Rodan schon der Gedanke eines Wohlfahrts-Optimums angesprochen wurde, so stellte Professor *Tinbergen* (Rotterdam) seine Ausführungen über „die Organisation der Wirtschaft im Dienste des Menschen“ ganz in das Zeichen einer Wohlfahrtsökonomie, die optimale Ziele ansetzt, darüber hinaus aber auch die außerökonomischen Aufgaben und Zielsetzungen keineswegs vergißt. Zur Erreichung des optimalen Maßes der Zentralisation der Produktionsentscheidungen im Hinblick auf eine optimale Wirtschaftsordnung haben für ihn die Gruppenentscheidungen eine wichtige Bedeutung; dabei sei darauf zu achten, daß alle Interessen tatsächlich repräsentiert seien.

Tinbergen ließ sodann die einzelnen, Instrumente zur Verwirklichung einer optimalen Ordnung Revue passieren: dabei betrachtete er sowohl die Aufgaben von Produktionsbetrieben des öffentlichen Sektors als auch die Verwendung des Preismechanismus, die besonderen Formen der Preisskimmingierung und endlich Maßnahmen der Besteuerung, soziale Maßnahmen usw. Für eine optimale Organisation der nationalen Produktion zog er den Grenzkostenbegriff heran. Die Grenzen des Wettbewerbes sah er dort, wo keine angemessene Umverteilung lediglich durch den Wettbewerbsmechanismus gegeben ist. Hier bedarf es ergänzender Maßnahmen. Prof. Tinbergen maß den Problemen der sozialen und kulturellen Ordnung im Rahmen seiner ökonomischen Erörterungen erstaunlich viel Bedeutung bei; seine ökonomische Konzeption war weitgehend beeinflusst durch die Rücksichtnahme auf außerökonomische Zielsetzungen.

An der *Diskussion* beteiligte sich eine große Zahl von Rednern. Da war der Grieche *Psaros*, der darauf hinwies, die öffentliche Unternehmung setze eine Wirtschaftsweise voraus, die die Irrtümer der Privatunternehmung unter dem Druck des Gewinnstrebens vermeide; er empfahl dem Kongreß Untersuchungen über die administrativen Methoden der Betriebsführung öffentlicher Unternehmen unter besonderer Berücksichtigung der Regierungseinflüsse.

Dem britischen Dozenten *Posner* ging es um die genaue Abgrenzung zwischen zentralen Entscheidungen und delegierten Aufgaben für die Betriebsführung. Hier müsse man extreme Lösungen vermeiden: weder dürfe künstlich verbilligter Strom zur Regel werden noch dürfe man reine betriebswirtschaftliche Aus-

richtungen, z. B. der Elektrizitätserzeugung, zulassen.

Sehr bedeutsam waren die Ausführungen des Franzosen *Verret*, des Leiters des nationalisierten Bergbaus seines Landes. Er gab zu, daß die Rentabilität nicht das einzige entscheidende Kriterium sein dürfe, sondern daß die öffentliche Unternehmung in den Rahmen des gesamten Wirtschaftswachstums gestellt sei. Die Lohnpolitik der öffentlichen Unternehmung habe zweifellos eine richtungweisende Funktion für die Gesamtwirtschaft. Solange es aber an einer Gesamtausrichtung der Lohn- und Preispolitik fehle, sei ein Gleichgewicht auf der Ebene der öffentlichen Unternehmung allein nicht zu erreichen.

Der Österreicher *Pröbsting* forderte vor allem eine Aufhebung der Benachteiligungen für Gemeinwirtschaftliche Unternehmungen; im Zusammenhang damit war die Frage des Italiener *Picker* bedeutsam, welche Kriterien denn bei der Kostenermittlung maßgebend seien, und ob auch vor allem gesellschaftliche und soziale Kosten genügend mit berücksichtigt würden.

Zum Referat von Professor Rosenstein-Rodan äußerten sich eine Reihe von Rednern: *Hedelmeyer* (Österreich) wies darauf hin, daß die typische Einstellung des alten Liberalismus, der der Unternehmerinitiative höchstens ein paar unverbindliche Hinweise geben wolle, doch überwunden sei; selbst EWG-Präsident *Hallstein* habe die Programmierung als unumgänglich hingestellt. Der österreichische Gewerkschafter *Kienzl* wies auf die Funktion der Gegenkräfte der Gewerkschaften im Rahmen der Lohnpolitik hin, erkannte dabei aber durchaus die Wichtigkeit echter lohnpolitischer Verantwortung an. Der Deutsche *Schmidt* (Gesellschaft für öffentliche Wirtschaft) unterstrich, es handele sich bei der Orientierungsplanung keineswegs um etwas Revolutionäres oder ganz Neues, sondern lediglich um eine Wirtschaftspolitik aus einem Guß, die auch durch eine Verbrauchererziehung untermauert werden müsse. Die Planung müsse vor allem flexibel sein.

*Kühne* (Gesellschaft für öffentliche Wirtschaft) äußerte Bedenken, ob die Idee des sogenannten „Schattenzins“, der als Kriterium für Investitionsentscheidungen gelten solle, nicht ein wenig gefährlich sei; wenn sich dahinter der Gedanke der Rentabilität der nächstbesten Alternativ-Investitionsmöglichkeit verberge, so könnte leicht eine zu hohe Ansetzung des Kostenfaktors Zins im Rahmen öffentlicher Unternehmen erfolgen.

Sehr interessant waren die Hinweise zu den Wachstumsraten der modernen Zeit, die der Österreicher *Eduard März* und der Jugoslawe *Horwat* gaben: Der erstere bezeichnete die Wachstumsrate von 5 vH, die Rosenstein-Rodan als typisch für unser „Flugzeugzeit-

alter“ genannt hatte, als für viele westliche Länder überhöht, die auch im 20. Jahrhundert nicht über 3 vH hinausgekommen seien. Der Jugoslawe ergänzte diese Zahl und wies darauf hin, daß die Wachstumsrate von 5 vH je Kopf schon bedeute, daß das Volkseinkommen sich in absoluten Ziffern alle sieben Jahre verdoppele — das sei die Wachstumsrate des „Raketenzeitalters“. Die Investitionsrate hänge nicht nur von der wirtschaftspolitischen Struktur, sondern auch von den sozialen und ökonomischen Institutionen ab, diese aber wiederum vom Planungsgrad.

In den Antworten der Referenten zur Diskussion kristallisierte sich ein Hauptergebnis heraus: daß einmal die Planung in der modernen Wirtschaft der Haltung des Freiheitsgrades unseres Gesellschaftssystems dienen solle, und daß sie zweitens im Sinne einer echten Programmierung flexibel, anpassungsfähig und von der Rücksichtnahme auf Verbrauchsentscheidungen der Konsumenten getragen sein müsse.

Professor *Weisser* ging in seinem Referat insbesondere auf die Organisation der Konsumenten ein, erfaßte aber auch andere genossenschaftliche Ordnungssysteme. Dabei betonte er insbesondere die Bedeutung des Genossenschaftsgedankens für die Entwicklungsländer. Seine Bemerkungen zu wohlfahrts-theoretischen Zielsetzungen waren kritisch; er sah die Lehre der Wohlfahrtsökonomie als im wesentlichen überwunden an.

Dieser Teil seiner Ausführungen wurde insbesondere in der Diskussion zum Referat von Professor *Tinbergen* wieder aufgegriffen; dabei sprachen sich einige Redner gegen die Übernahme wohlfahrtsökonomischer Vorstellungen aus, während andere wiederum die Auffassung äußerten, man solle zwar auf gewisse Entartungen der modernen Wohlfahrtsökonomie verzichten, dafür aber auf die ersten Ansätze der Wohlfahrtsökonomie z. B. bei *Pigou* zurückgreifen, die außerordentlich realistisch und praxisnah gewesen seien.

Das interessante Referat von *Dantwala* zur Programmierung in unterentwickelten Ländern und zum Zusammenwirken zwischen diesen und reicheren Ländern kann in diesem Zusammenhang nur kurz gestreift werden. Es bot einen Beweis dafür, wie sehr die Vertreter gemeinwirtschaftlicher Unternehmen und Institutionen, die hier spezifisch aus den eigentlichen Industrieländern zusammengekommen waren, doch ihr Augenmerk auch den Problemen der Entwicklungsländer und der überseeischen Gebiete zuwenden.

Das bedeutsame Referat von *Pierre Uri* erfaßte alle Probleme der europäischen Integration. Es ging insbesondere auf eine Reihe von Zielsetzungen der europäischen Wirtschaftskommission ein, die unter dem Zeichen der Programmierung standen. In der Diskussion hierzu wurde zwar hervorgehoben, daß

sich im Rahmen des Vertrages von Rom eine gewisse Konzentration liberaler Tendenzen ergeben habe; andererseits kam jedoch klar zum Ausdruck, daß sich auf dem Umwege über einen liberal konzipierten Vertrag doch die Notwendigkeit einer Programmierung und planvollen Ausrichtung, insbesondere für die Investitionen und nicht zuletzt im Hinblick auf die Regionalpolitik, zwangsläufig durchgesetzt habe.

Insgesamt war der Kongreß ein imposanter Beweis dafür, in welchem Maße die gemeinwirtschaftlichen Konzeptionen vereinbar sind mit den Ideen der modernen Marktwirtschaft und einer gemäßigten Konzeption der Programmierung und Ausrichtung des gesamten Wirtschaftssystems. Dabei wurde den lohnpolitischen Aspekten und den spezifischen Ordnungsaufgaben der Gewerkschaften eine erhebliche Bedeutung zuerkannt.

Die an den Kongreß anschließenden Seminare der italienischen Sektion der Gemeinwirtschaft vertieften die einzelnen Fragen insbesondere zum Problem der Investitionspolitik öffentlicher Unternehmen. Die Bemühungen um eine stärkere Einschaltung der gemeinwirtschaftlichen Unternehmen und Einrichtungen auch in den Rahmen der Wirtschaftspolitik des Gemeinsamen Marktes haben in letzter Zeit an Intensität zugenommen; man wird dem Internationalen Studienzentrum für Gemeinwirtschaft in Lüttich wünschen dürfen, daß seine Gedanken auch auf europäischer Ebene und speziell in Brüssel voll zum Tragen kommen.

Der Kongreß war zweifellos eine sehr eindrucksvolle Kundgebung derjenigen Kreise, die dem Gemeinwirtschaftsgedanken positiv gegenüberstehen. Gleichzeitig aber stellte er unter Beweis, in welchem Maße eben diese Kreise und die leitenden Männer öffentlicher Unternehmen aufgeschlossen sind für eine moderne Konzeption der Wirtschaftspolitik, in der sowohl die Versorgungsaufgaben öffentlicher Unternehmen als auch die Notwendigkeit der Durchsetzung von Wettbewerbsgesichtspunkten — wo immer dies möglich ist — volle Anerkennung finden.

In allen Zusammenkünften wie in der großartigen Schlußdemonstration im Fackelschein in den Diokletians-Thermen kam die innere Verbundenheit zum Ausdruck, die zwischen diesen Kreisen der Gemeinwirtschaft und der freien Gemeinwirtschaft besteht, gleichzeitig aber auch die völkerverbindende Kraft einer Vereinigung wie der CIRIEC, die geeignet ist, so manches Vorurteil bei den überseeischen Ländern gegenüber vergangener Einseitigkeit einer Nur-Gewinnwirtschaft in den europäischen Wirtschaftssystemen ad absurdum zu führen. Darüber hinaus hat der Kongreß in hervorragender Weise dazu beigetragen, die wissenschaftlich interessierten Teilnehmer aus vielen Universitäten und Institutionen einander näherzubringen. *Dr. Karl Kühne*